

Zu Johano Strassers  
„Anmerkungen  
zum Menschenbild der  
modernen Ökonomie“

## Die Wirklichkeit bestimmt das Bewusstsein

Hugo Müller-Vogg

„Eine Ökonomie, in der alle Dinge *und* die Menschen nichts als Verfügungsmasse sind, die die Menschen beherrscht, statt sich in den Dienst an höheren humanen Werten zu stellen, führt in die Barbarei“, fasst Johano Strasser seine „Anmerkungen“ (*Die Politische Meinung* Nr. 406, Seiten 78ff.) zusammen.

Gut gebrüllt, Löwe. Der Mensch in mehr oder weniger allen Beziehungen als reines Objekt von Angebot und Nachfrage, Gefangener von Marktgesetzen und Preismechanismen, das ist in der Tat eine Horror-Version. Nur, wer strebt das eigentlich an? Die Neoliberalen, behauptet Strasser, wobei er mit Namen geizt: Zwei politische Pensionäre, Ronald Reagan und Margaret Thatcher, werden als Hauptverantwortliche für die politische Umsetzung neoliberaler Ideen namentlich angeführt, Tony Blair in die Nähe dieser konservativen Revolutionäre gerückt. Aber ansonsten droht bei Strasser die Gefahr von „der Ökonomie“ schlechthin – wer immer oder was immer dahinter stecken mag. Setzen wir uns also mit dem auseinander, was Strasser in den „Niederrungen der angewandten Wirtschaftstheorie“ vorzufinden glaubt.

**Erstens** sieht Strasser die *Freiheit* massiv gefährdet. Was den Arbeitnehmern als neuer Freiraum in Unternehmen mit flacher Hierarchie verkündet werde, entpuppe sich als Mittel zur Selbstüberforderung und Selbstausbeutung. Besonders abschreckend findet er, dass einzelne Geschäftsbereiche innerhalb eines Konzerns sich „wie Käufer und Verkäu-

fer auf einem Markt“ verhalten, dass ein externer Anbieter gegebenenfalls die Arbeit einer Abteilung preiswerter oder besser erledigt und damit diese Abteilung überflüssig macht.

Ja, das kommt vor. Und es bedeutet, dass die betroffenen Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Umgekehrt werden aber dort, wo die Arbeit jetzt erledigt wird, Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen. Aber wäre es so viel menschlicher und gerechter, wenn selbst ineffiziente Bereiche im wärmenden Schoß von Großkonzernen keine Existenzängste haben müssten, während externe Leistungsanbieter kaum eine Chance auf Aufträge haben? Die Freiheit, unproduktiv zu arbeiten, ist in der Tat umso stärker gefährdet, je intensiver der Wettbewerb ist. Oder anders ausgedrückt: Bei härterem Wettbewerb müssen auch große Konzerne intern stärker auf die Kosten achten. Darin kann aber nur die Entwicklung zu unbezahlter Mehrarbeit und Selbstausbeutung sehen, der nur an eine Gruppe von Arbeitnehmern denkt, nämlich an die auf vielfältige Weise privilegierten in Großbetrieben. Und wem es ziemlich gleichgültig ist, ob die kleinen und mittelgroßen Betriebe im Zeitalter des „outsourcing“ neue Chancen erhalten oder nicht.

**Zweitens** wendet sich Strasser dagegen, die Anpassungsfähigkeit des Menschen an wechselnde wirtschaftliche Anforderungen zum zentralen Inhalt von *Bildung* und *Ausbildung* zu machen. Nun ist die Frage, ob die Lehrpläne mehr Praxisbezug bräuchten oder bereits viel zu

wenig vom bildungsbürgerlichen Kanon enthalten, schon heftig diskutiert worden, als wir alle mit den Begriffen „Globalisierung“ und „New Economy“ noch nichts anzufangen wussten.

Gleichwohl stellt sich derzeit eine andere, fast noch drängendere Frage: Wie können wir die Zahl der „funktionellen Analphabeten“ eindämmen? Viele Hauptschulabgänger verfügen eben nicht mehr über die elementaren Schreib-, Lese- und Rechenkenntnisse, um selbst nicht sehr anspruchsvolle Tätigkeiten auszuüben. Den einen schreckt ein Heer von Universitätsabgängern, die eindimensional auf ihre berufliche Verwendung hin ausgebildet worden sind. Noch erschreckender ist jedoch die Vorstellung, dass ein wachsender Prozentsatz junger Menschen die einfachsten Kulturtechniken nicht mehr beherrscht und folglich dazu verdammt ist, eine gesellschaftliche Randexistenz zu führen.

**Drittens** befürchtet Strasser, dass die Menschen ständig mehr arbeiten, um sich mehr leisten zu können. Man kann ihm durchaus zustimmen, dass die Erhöhung der Zahl der Fernsehprogramme von drei auf zehn und dann von zehn auf hundert uns nicht glücklicher gemacht hat. Aber wären wir heute glücklicher, wenn wir unverändert zwischen drei Kanälen wählen müssten?

Wer wollte abstreiten, dass der Wunsch nach immer mehr *Wohlstand*, Menschen dazu verleitet, für den Konsum zu arbeiten, sich gar zu verschulden. Nur: Das ist nicht die Ausgeburt eines von neoliberalen Verführern ausgelösten Kaufrausches. Dass Menschen sich nach der Befriedigung ihrer existenziellen Bedürfnisse nur noch um das wahre Glück kümmerten, darauf mögen Theologen und Philosophen hoffen. Allein, es bleibt bei der Hoffnung – ganz gleich in welchem Wirtschaftssystem.

**Viertens** weist Strasser auf eine Folge der *Privatisierung* öffentlicher Einrich-

tungen hin: Was privatisiert wird, entzieht sich dem Zugriff der Politik. Das kann manchmal sogar hilfreich sein, wenn zum Beispiel privatisierte Stadtwerke nicht mehr als „Versorgungsschiffe“ für ausgediente Politiker fungieren müssen, sondern ihr Personal unter fachlichen Gesichtspunkten rekrutieren können. Es kann auch nützlich sein, wenn ein privatisiertes Unternehmen nicht länger auf Kosten der Steuerzahler unwirtschaftlich arbeitet. Aber umgekehrt ist auch wahr, dass ein privatisiertes Unternehmen sich politischer Direktiven entziehen kann.

Das ist dort kein Problem, wo städtische Gesellschaften nur „scheinprivatisiert“ sind, also in der Rechtsform einer AG oder GmbH geführt werden, die öffentliche Hand als Mehrheitsgesellschafter im Aufsichtsrat aber weiterhin das Sagen hat. Anders sieht es bei der „echten“, nicht sehr häufig anzutreffenden Privatisierung aus. Sobald die Kapitalmehrheit an private Investoren übergegangen ist, endet der politische Einfluss. Das führt dann dazu, dass dieses Unternehmen bestimmte Angebote nicht mehr aufrechterhält, wenn es am Markt keinen kostendeckenden Preis erzielen kann. Das schließt jedoch nicht aus, dass das privatisierte Unternehmen seine Dienste nicht auch zu einem „politischen“ Preis anbieten würde, wenn die öffentliche Hand ihm die Differenz zwischen dem höheren Marktpreis und dem politisch gewünschten, niedrigeren Preis ersetzt.

**Fünftens** vermutet Strasser hinter all diesen Phänomenen – Selbstüberforderung, Ausrichtung von Bildung und Ausbildung auf die Bedürfnisse des Marktes, Überbetonung des Konsums, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – „ein Konzept des *Individualismus*“. Er sieht die Menschen vereinzelt, den *Risiken* von Arbeitslosigkeit, Krankheit, sozialem Abstieg schutzlos ausgeliefert.

Richtig ist: Der Verlauf beruflicher Karrieren ist heute weniger planbar denn

je. Der Wechsel von Arbeitgeber und Beruf wird häufiger, zeitweilige Arbeitslosigkeit wahrscheinlicher. Hinzu kommt, dass die sozialen Sicherungssysteme überlastet sind und deshalb ihre Leistungen tendenziell reduzieren. Das alles ist Folge des härter gewordenen weltweiten Wettbewerbs. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich zu attraktiven Produktionsstandorten entwickelt. Die Liberalisierung des Welthandels, der Zusammenbruch des Ostblocks sowie der Ausbau der Transport- und Kommunikationswege tun das Ihre dazu. Das erlaubt Unternehmen, ihre Produktion rund um den Globus zu verteilen und so zu optimieren.

Diese Entwicklung hat zu Verunsicherung und Angst geführt, weniger in den angelsächsischen Industrieländern als in den kontinentaleuropäischen Sozialstaaten. Aber sie hat in anderen Teilen der Welt dafür gesorgt, dass Menschen plötzlich Arbeit haben, dass sie es zu mehr Wohlstand bringen, als sie jemals hatten. Die Kehrseite der Verunsicherung an den alten Standorten ist die Hoffnung in den jungen, aufstrebenden Nationen. Das ist für die negativ Betroffenen nicht leicht – aber nicht unmenschlich.

Strassers Beobachtungen sind ja nicht falsch. Kosten- und Renditeüberlegungen spielen heute eine ungleich größere Rolle als früher. Dem Jahrzehntelang vom Staat umsorgten Sozialstaatsbürger werden zunehmend unbequeme Entscheidungen abverlangt: Wähle ich meinen Beruf oder mein Studienfach nur nach Neigung und Interesse aus, oder denke ich auch an meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Wie wählerisch bin ich im Falle von Arbeitslosigkeit in Bezug auf die Art der angebotenen Arbeit und in Bezug auf die Vergütung? Wäre der Weg in die Selbstständigkeit eine Alternative zur unsicherer gewordenen Festanstellung? Wie wichtig sind mir Rücklagen für den Fall einer längeren Arbeitslosigkeit? Auf wie

viel Konsum verzichte ich jetzt, um im Alter weniger verzichten zu müssen?

Das alles sind Fragen, die unsere Eltern sich so noch nicht zu stellen brauchten. Die Arbeitnehmer wurden eher umworben, für Hochschulabsolventen standen gut dotierte Arbeitsplätze zur Verfügung, der Sozialstaat war großzügig und solvent. Das wird so nicht wiederkommen. Und das, was die Bundesregierung mit der „Agenda 2010“ anstrebt, ist ja nicht Ausfluss bösen Willens, sondern Zeichen dafür, dass Rot-Grün nunmehr in der Realität angekommen ist.

„Weniger Staat, mehr Markt“, jener alte wirtschaftsliberale Schlachtruf durchzieht des Kanzlers „Agenda 2010“. Ja, die aktuellen Bemühungen um Rückführung von Staatsquote und Staatsverschuldung, um Senkung der Sozialbeiträge und der Rentenlasten erinnern deutlich an das 1982 vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff veröffentlichte marktwirtschaftliche „Memorandum“, das zum „Scheidungspapier“ der kurz darauf zerbrochenen Koalition wurde.

Was Lambsdorff damals in seinem vielfach als unsozial bekämpften Konzept verlangte, wird in weiten Teilen auch heute gefordert – und zwar von einem sozialdemokratischen Kanzler. Lambsdorff wollte die „Begrenzung des Arbeitslosengeldbezuges auf maximal ein Jahr“ – wie jetzt Schröder. Lambsdorff forderte eine steuerliche „Entlastung der Lohn- und Einkommensbezieher“ – wie jetzt Schröder. Lambsdorff sprach sich für die „Berücksichtigung des steigenden Rentneranteils in der Rentenformel“ aus – bei Schröder heißt das Nachhaltigkeits-Faktor. Lambsdorff hielt den „Ausbau der Selbstbeteiligung im Krankenversicherungsbereich“ für unumgänglich – wie jetzt Schröder. Lambsdorff war für eine „Auflockerung des Kündigungsschutzes“ und für eine „strengere Regelung für die Zumutbarkeit einer möglichen Arbeit“ – wie jetzt Schröder.

Damals hatten die Gegner von „mehr Markt“ dies alles strikt abgelehnt. Heute zwingt die Wirklichkeit aus drei Gründen zu einer anderen Politik: Erstens erlaubt der ungleich härter gewordene internationale Wettbewerb es der deutschen Wirtschaft nicht mehr, einen Teil der Kosten für die soziale Sicherung im Exportpreis an Dritte weiterzugeben. Zweitens sind die Systeme der sozialen Sicherung durch die demografischen Veränderungen an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. Und drittens ist der „Aufbau Ost“ eine zusätzliche Belastung für den Standort Deutschland. Wenn wir seit 1990 Jahr für Jahr drei bis vier Prozent des westdeutschen Inlandsprodukts in den Osten transferieren, dann sagt das viel über die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Das Beispiel der Transferleistungen zeigt im Übrigen, dass dieses Land keineswegs nur von „Ökonomie-Zombies“ bevölkert ist, die 24 Stunden lang Aufwand und Ertrag abwägen. Natürlich grummeln die „Wessis“, sie müssten für die „Ossis“ so viel zahlen. Aber sie zahlen, weil sie es irgendwie einsehen. Wäre der „Wessi“ an sich ein *homo oeconomicus*, er hätte längst einen Verein zur Abschaffung des unökonomischen „Solis“ gegründet.

Dies unterstreicht nur, was schon immer bekannt war: Der *homo oeconomicus* existiert in seiner reinen Form nur im Lehrbuch und ist – ganz nebenbei – auch keine Erfindung des Neoliberalismus. Als theoretische Figur leistet er gute Dienste, um rationales wirtschaftliches Verhalten zu erläutern. Aber alle Ökonomen wissen, dass unvollständiges Wissen, Gewohnheiten, persönliche Vorlieben und Emotionen die Entscheidungen der Menschen mindestens ebenso beeinflussen wie das rationale ökonomische Kalkül.

Wenn etwas neu ist, dann nur, dass in Zeiten des Überflusses Abweichungen

vom Pfad ökonomischer Logik leichter fallen als in Zeiten verengter Spielräume. Um bei den vermeintlichen Opfern der neuen Ökonomie zu bleiben: Das eiskalte ökonomische Kalkül ist keineswegs das Erkennungszeichen derer, die Verhältnisse propagieren, in denen nur an der Börse gehandelte Werte zählen. Der Sozialhilfeempfänger, der mit einer Kombination aus „Stütze“ und Schwarzarbeit auf ein höheres verfügbares Einkommen kommt als sein Nachbar mit einem schlecht bezahlten regulären Job, handelt – rein ökonomisch gesehen – ebenfalls rational.

Was wir also in den „Niederungen“ der real existierenden Wirtschaft antreffen, sind nicht die Auswüchse neoliberaler Theoretiker und der von ihnen beeinflussten Politik. Wir sehen eine Weltwirtschaft, in der Unternehmen sich vielfach von nationalen Standorten gelöst haben, in der die klassischen Exporte zum Teil abgelöst worden sind durch Direktinvestitionen. In diesen „Niederungen“ sind alle Beteiligten gezwungen, noch schärfer zu kalkulieren als früher, noch wirtschaftlicher zu denken, stärker auf sich zu vertrauen als auf den Staat.

In diesen „Niederungen“ brauchen wir eine aktive Sozialpolitik gerade für die Minderheit, deren verfügbares Einkommen zu gering ist, um zusätzliche Lasten zu schultern. Aber vor allem brauchen wir Menschen, die ganz emotionslos konstatieren, dass sich das Rad der Globalisierung nicht zurückdrehen lässt. Der *homo oeconomicus* des beginnenden 21. Jahrhunderts denkt nicht nur in Kosten und Nutzen. Er sieht auch, was die Alternative zu der „angewandten Wirtschaftstheorie“ wäre: kurzfristig vielleicht ein paar Risiken weniger für den Einzelnen, aber auf Dauer unendlich weniger Chancen für unendlich viele Menschen rund um den Globus.